



Gefahr aus der Mitte

Ein Ausblick auf die Bundestagswahl am 23. Februar – von der AG Wahlbeobachtung

In: *express* 1/2025

Die nach einigem Hin und Her für den 23. Februar 2025 angesetzten vorgezogenen Neuwahlen kommen vor allem den seit Monaten in den Umfragen vorn liegenden Unionsparteien gelegen. Erfreut ist auch die AfD, die unbeschadet der gegen sie gerichteten Mobilisierungen zu Beginn des Jahres 2024 den zweiten Umfrageplatz zu festigen scheint. Die Wahlwerbung von Musk nimmt sie gerne mit. Das BSW kann angesichts erster Erosionstendenzen in den eigenen Reihen hoffen, noch rechtzeitig vor einem Ende des Hypes um ihre Kanzlerkandidatin den ersehnten Einzug in den Bundestag zu schaffen. Das Bündnis verbindet unlautere Friedensappelle mit Nationalismus und reaktionärer Gesellschaftspolitik. Wer über »sichere Drittstaaten« in die Bundesrepublik kommt – und das sind faktisch alle Flüchtenden – soll kein Recht mehr auf Aufenthalt und Asylverfahren haben. Der Block für Abschiebung und Abschottung würde so zusätzlich gestärkt. SPD und Grüne kämpfen bis dato deutlich abgeschlagen darum, wer Juniorpartner in einer sich abzeichnenden Merz-Regierung wird, während die FDP zittern muss, ob Lindners irrlichternder Crash-Kurs nicht als Kamikaze-Aktion mit dem Absturz endet.

Die Linke vor einer Schicksalswahl

Am problematischsten ist das Vorziehen der Wahl für die sich nach der Abspaltung des BSW mühsam neu sortierende Partei Die Linke. Für sie kommt die Wahl definitiv zu früh. Der neuen Parteispitze fehlt die Zeit, die nach den deutlichen Wahlniederlagen in den letzten Wahlen aufgeschreckte Partei zu konsolidieren. Dass sie die Fünf-Prozent-Hürde schafft, ist nach den letzten Umfragen von Anfang Januar nicht sehr wahrscheinlich. Naheliegender Weise setzt sie deshalb darauf, über den Gewinn dreier Direktmandate zumindest als Gruppe weiter im Parlament präsent zu bleiben. Ob dies eine realistische Option ist, wird die Schlussphase des Wahlkampfes zeigen. Alle hierfür avisierten Wahlkreise liegen in Ostdeutschland. Hier haben sich die Chancen für Direktmandate in den letzten Jahren strukturell verschlechtert. Wichtige Teile des alten Wähler:innen-Milieus standen bereits vor der Spaltung Wagenknechts regressivem Kurs näher als dem Rest der Partei und sind aktuell für die Linke verloren. Taktische Wahlkreisstimmen von SPD oder Grünen sind auch wenig zu erwarten, hoffen doch beide Parteien auf zusätzliche Mandate, sollte Die Linke scheitern.

Leider gibt die Linkspartei häufig noch ein Bild der Zerrissenheit ab. Häufig erscheint sie eher als Abbild einer in die Jahre gekommenen Linken denn als Hoffnungsträgerin für einen links-ökologischen Aufbruch.

Dabei könnte die Linke die Repräsentationslücke nutzen, die sich aus der Rechtsverschiebung der SPD und vor allem der Grünen ergibt. Um weiter parlamentarisch vertreten zu sein, bräuchte sie vielleicht 1,5 bis zwei Prozentpunkte zusätzlich. Zielgruppe wären jüngere urbane Wähler:innen, die von Grünen und SPD enttäuscht wurden oder bisher nicht-rechte Kleinstparteien oder gar nicht wählten, und für die Die Linke gerade wegen Wagenknecht bis-

lang nicht wählbar war. Dass hier etwas zu bewegen ist, zeigen zahlreiche neue Mitglieder, die bewusst nach der Abspaltung des BSW eintraten.

Der fast ungebremste Opportunismus der Grünen in der Migrations- und Fluchtfrage sowie das penetrante Werben um eine Koalition mit Merz könnten Linksgrüne und Linksliberale zu Wähler:innen der Linkspartei machen, wenn sie denn offensiv angesprochen würden. So ein Wahlkampf- und Politikschwerpunkt scheint aber in der Linkspartei umstritten zu sein und wird im Nachhall der Wagenknecht-Kontroverse vor allem von einigen sich als gewerkschaftsnah verstehenden Kadern als zu »woke«, zu akademisch und zu großstädtisch wahrgenommen. Diese Kritik unterschätzt, wie politisch ausdifferenziert die viel beschworenen Lohnarbeiter:innen sind. Demokratische, menschenrechtlich und ökologisch ausgerichtete Politikvorschläge sind hier nicht chancenlos und stehen nicht in Konkurrenz zu einer aktiven Sozialpolitik, zu »tax the rich« und Mieter:innenschutz.

Ein Bundestag ohne Die Linke wäre ein Rückschritt, da sich der politische Diskursraum für Linke weiter verkleinern würde. Zugleich würde auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) einen weiteren Schritt in Richtung Abwicklung gehen. Zwar bliebe ihr noch eine Schonfrist, aber die staatlichen Mittel würden weiter beschnitten. Ein Blick auf die Veröffentlichungen und Veranstaltungen der RLS der letzten Jahre zeigt, was perspektivisch an politischer Aufklärung verloren gehen würde und kaum durch andere Organisationen aufgefangen werden könnte. Zumindest scheint die nächste bundesweite Streikkonferenz gesichert, die Anfang Mai in Berlin stattfinden wird und zum Kristallisationspunkt der jüngeren aktivistischen Betriebs- und Gewerkschaftslinken geworden ist. Die Voranmeldungen deuten auf eine neue Rekordbeteiligung hin. Der Bedarf für organisierten linken Diskurs ist da.

Zeitenwendewahl?

Als Olaf Scholz 2022 in seiner Regierungserklärung den russischen Angriff auf die Ukraine als »Zeitenwende« bezeichnete, wollte er ausdrücken, dass eine ganze politische Epoche, zumindest der deutschen Außenpolitik, beendet worden sei. Seitdem werden ständig weitere »Zeitenwenden«, vor allem in der Migrations-, Sicherheits- und Sozialpolitik – beschworen.

Wie sieht es nun vor der Bundestagswahl aus? Einerseits wird mit einer Kanzlerschaft von Friedrich Merz die Ära Merkel in der Union endgültig zu Grabe getragen. Die CDU ist unter Merz deutlich nach rechts gerückt. Zugespitzt lautet das Programm in Anlehnung an frühere Slogans: »Die Reichen müssen noch reicher werden«, »Weniger Demokratie wagen«, »Law and Order«. Andererseits gibt es mit den Ministerpräsidenten von NRW und Schleswig-Holstein auch noch Unionspolitiker, die wissen, dass sie auch nach der ökoliberalen Mitte hin anschlussfähig bleiben müssen. Dies gilt zumindest solange, wie die AfD auf Landes- und Bundesebene nicht koalitionsstauglich ist. Noch sind italienische Verhältnisse aktuell in Deutschland nicht vorstellbar, im Europaparlament und in der EU-Kommission ist die Rechtsoffenheit der Christdemokratie aber schon weit gediehen, und die Entwicklung in Österreich zeigt, wohin die Reise gehen kann. Auch ohne aktuelle Chance auf Regierungsbeteiligung kann sich die AfD zuschreiben, den politischen Diskurs in der Sicherheits- und Migrationspolitik weiter nach rechts verschoben zu haben.

Sollte der Wahlkampf nach der Amtseinführung von Trump nicht noch eine überraschende Wende nehmen – das ist aktuell die große Unbekannte – spricht Vieles für eine Koalition der Union mit einer SPD, in der nach einer Wahniederlage Scholz bald von Pistorius abgelöst werden könnte. Das sozialdemokratische Profil wäre dabei noch schmaler und enger definiert als in früheren »Großen Koalitionen« und in der Ampel. Die Bereitschaft der SPD, an einem schärferen Sanktionsregime beim Bürgergeld mitzuwirken, lässt für Erwerbslose nichts Gutes erwarten. Es bliebe allein die schwache Hoffnung, dass eine SPD-Beteiligung Eingriffe in das Arbeits- und Rentenrecht abmildern würde.

Und die Gewerkschaften?

Die DGB-Gewerkschaften halten sich bei der kommenden Wahl mit konkreten Wahlempfehlungen zurück. Das Motto »ver.di wählt sozial und demokratisch«, mit dem ver.di seinen Webauftritt zur Bundestagswahl übertitelt, lässt aber erkennen, wo das Herz schlägt. Die ver.-

di-Forderungen nach 15 Euro Mindestlohn, einem Rentenniveau von 53 Prozent, der Überwindung der Schuldenbremse, einer »gerechten Steuerpolitik«, einer sozial-ökologischen Wende und dem aktiven und passiven Wahlrecht für langjährig in Deutschland lebende Ausländer:innen würden von der Linkspartei vollumfänglich unterschrieben, nicht alles aber vom BSW.

Die IG Metall ist in ihren Forderungen näher an den von ihr vertretenen Kernbranchen. Sie fordert von einer zukünftigen Regierung Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie mittels eines Industriestrompreises sowie den Erhalt der Automobilindustrie am Standort Deutschland u.a. durch finanzielle Anreize für die gewerbliche und private Anschaffung von Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen. Außerdem befürwortet sie massive Investitionen in die Infrastruktur. Daneben wird eine Stärkung der Tarifbindung, ein Ausbau der Mitbestimmung und »Hände weg vom Streikrecht« gefordert.

Dass die DGB-Gewerkschaften zu Protesten gegen die AfD aufrufen und vor einer Stimmabgabe für die AfD warnen, ist gut, wirkte sich aber in jüngerer Zeit leider kaum noch auf das Abstimmungsverhalten der Gewerkschaftsmitglieder aus.

Ansonsten gilt für die Gewerkschaften: Sie werden mit jeder Regierung zusammenarbeiten (müssen). Lieber mit einer, an der auch die SPD beteiligt ist, da dann weiter Zugänge zum Arbeitsministerium gesichert sind, aber auch mit Schwarz-Grün könnten sie leben – ver.di vielleicht besser als IG BCE und IG Metall. Entscheidend für die Industriegewerkschaften wird sein, dass jede zukünftige Bundesregierung eine aktive Standort-Politik betreibt und notwendige industrielle Transformationen mit Subventionen begleitet.

Ob eine neuerliche »Große Koalition« die Schuldenbremse zumindest in Teilen revidiert, was der DGB befürworten würde, bleibt abzuwarten.

Trotz alledem ...

Die Aussichten für die Bundestagswahl sind trübe.

Dabei besteht weniger die Gefahr einer Regierungsübernahme der Rechtsextremen als einer weiteren Ausbreitung des rechtsextremen Diskurses in der Gesellschaft – die Gefahr droht aus der Mitte. Zu hoffen bleibt, dass dies nicht einfach hingenommen wird, sondern Engagierte in Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, gesellschaftlichen Initiativen und Medien dem weiterhin Widerstand entgegensetzen. Der Einsatz für mehr Demokratie, Sozialstaat und die Achtung der Menschenrechte wird nach der Bundestagswahl noch wichtiger werden und eine darauf fokussierte Linke unabhängig vom Wahlergebnis weiter gebraucht.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12